

Sebastian Heilmann

Zur Machterhaltung entschlossen:

Der Beschluß des Zentralkomitees zur "Stärkung des Parteaufbaus"

Ende September hat in Beijing eine in ihrer Bedeutung von vielen Beobachtern unterschätzte Plenartagung des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) stattgefunden. Trotz drängender wirtschaftlicher Probleme widmete sich die Tagung ausschließlich einem politischen Thema: der Disziplinierung und Erneuerung der Parteiorganisation.

Aus der Sicht der Beijinger Führung stellen Verfallerscheinungen wie weitverbreitete Korruption und ideologische Orientierungslosigkeit unter den Parteikadern, Funktionsunfähigkeit ländlicher Basisorganisationen sowie regionale Verselbständigungstendenzen in einer Zeit tiefgreifender politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen (Regelung der Nachfolge Deng Xiaopings, marktwirtschaftliche Reformen) eine große Bedrohung für die Machterhaltung der KPCh dar.¹

Die Beschwörung leninistischer Organisationsprinzipien und die Aufrufe zur Erneuerung und Verjüngung des Parteiapparates muten vor dem Hintergrund der stürmischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen als Anachronismus an. Sie werden jedoch sowohl von orthodoxen als auch von reformorientierten Kräften in der Partei unterstützt, deren politische Karrieren, wenn auch mit unterschiedlichen Zielsetzungen, an die politische Führungsrolle und das Machtmonopol der Partei gebunden sind. Die Stärkung und Disziplinierung der Parteiorganisation erscheint der Parteiführung als Grundvoraussetzung für die politische Stabilität und Einheit Chinas sowie für die Bewältigung der drängenden Wirtschaftsprobleme. Die Eindämmung regionaler Verselbständigungstendenzen und die Wiedergewinnung der politischen Kontrolle in den ländlichen Gebieten sind allen Führungsmitgliedern ein zentrales Anliegen.

Zugleich brachte die jüngste Plenartagung eine politische Bestätigung für die "Dritte Führungsgeneration" um Parteichef Jiang Zemin: Die Autorität der Parteizentrale soll durch die von den Revolutionsveteranen absegneten Beschlüsse zur Disziplinierung der Parteiorganisation gestärkt werden.

Die Kommunistische Partei Chinas Ein Datenprofil (1993)

Parteigründung:	1921
Parteimitglieder:	ca. 54 Mio.
Organisationsdichte (Bevölkerungsanteil):	4,5%
Basisorganisationen:	ca. 3,3 Mio.
Hauptamtl. Partei- und Regierungskader:	ca. 5 Mio.
Kommunistischer Jugendverband (Mitgl.):	ca. 56 Mio.

In diesem Beitrag soll ein Überblick über die Grundthesen der jüngsten Plenartagung gegeben werden. Die zum Teil durchaus kritische Selbstdarstellung der Kommunistischen Partei wird mit einer Analyse der organisatorischen Schwächen dieser nach leninistischen Prinzipien aufgebauten Institution verknüpft. Eine weitergehende Analyse der Fundamente des KP-Machtmonopols und der Erneuerungschancen der Parteiherrschaft wird in dem Artikel "Die Lebensadern der Parteiherrschaft" im Anschluß an diesen Beitrag vorgenommen.

Der Beschluß zur "Stärkung des Parteaufbaus" und die organisatorischen Schwächen der KPCh

Vom 25. bis zum 28. September fand die 4. Plenartagung des XIV. Zentralkomitees der KPCh in Beijing statt. 182 Vollmitglieder des ZK und 122 ZK-Kandidaten nahmen an der dreitägigen Sitzung teil. Nach Angaben Jiang Zemins war bereits auf einer Politbüro-Sitzung im April dieses Jahres beschlossen worden, daß das Plenum sich vornehmlich mit Fragen des Parteaufbaus beschäftigen solle. Im Mai und Juni unternahmen fast alle Führungsmitglieder Untersuchungsreisen in mehrere Provinzen und kritisierten dabei wiederholt öffentlich den Zustand der Parteiorganisation. Im Sommer wurden die Meinungen der regionalen Führungen zu den Beschlußvorlagen der Parteizentrale eingeholt.²

Hongkonger Quellen zufolge ist die Tagesordnung der ZK-Plenartagung auf einer Arbeitssitzung der zentralen Führung in dem Kurort Beidaihe Anfang August abschließend festgelegt worden. Dort soll es zu Kontroversen zwischen Parteivertretern verschiedener Flügel und Regionen gekommen sein. Die Veteranen Yao Yilin und Song Ping, die in den letzten Monaten eine starke Medienpräsenz aufweisen, sollen sogar die Frage aufgeworfen haben, ob eine Marktwirtschaft tatsächlich mit den chinesischen Gegebenheiten zu vereinbaren sei. Auch die Bekämpfung von Inflation und Korruption habe in Beidaihe zu heftigen Diskussionen geführt. Die Erneuerung der Parteiorganisation sei von allen Anwesenden jedoch als zentrale Aufgabe eingeschätzt worden. Die erfolgreiche Arbeit, die das Shanghaier Parteikomitee in diesem Bereich bereits geleistet habe, soll ausdrücklich gelobt worden sein.³ Zum Aufstieg des Shanghaier Parteisekretärs Wu Bangguo in das ZK-Sekretariat haben seine Verdienste in dieser Sache sicher beigetragen.

Kommunistische Partei Chinas: Parteimitgliedschaft, Parteitage, Führungsgremien

Jahr	Partei- mitglieder	Partei- tage	Dele- gierte	ZK-Plenar- tagungen	ZK-Mitglieder		Politbüro-Mitglieder		
					Vollmitgl.	Kandidaten	Vollmitgl.	Kandidaten	Ständiger Ausschuß
1921	57	I.	12				3		
1922	195	II.	12		5	3			
1923	420	III.	30		9	5	5		
1925	994	IV.	20		9	5	5		
1927	57.967	V.	80		31	14	9	7	
1928	40.000	VI.	84		23	13	7	7	3
1945	1.211.128	VII.	755	7	44	33	11	2	
1956	10.734.384	VIII.	1.026	12	97	73	17	6	6
1958		(2.Tagung)	977						
1969	21.000.000	IX.	1.512	2	170	109	21	4	5
1973	28.000.000	X.	1.249	3	195	124	21	4	9
1977	35.000.000	XI.	1.510	7	201	132	23	3	5
1982	39.657.212	XII.	1.545	7	210	138	25	3	6
1985		(2.Tagung)	992						
1987	45.000.000	XIII.	1.997	9	175	110	17	1	5
1992	51.000.000	XIV.	1.989	4+	189	130	20	2	7

Quelle: Zhengyuan Fu, *Autocratic Tradition and Chinese Politics*, Cambridge (England) 1993, S.360-361; eigene Ergänzungen.

In den Jahren seit 1989 hatte KP-Generalsekretär Jiang Zemin immer wieder eindringlich auf Schwächen in der ideologischen und organisatorischen Arbeit der Partei hingewiesen. Im August 1989 soll er angesichts des schon damals alarmierenden Verfalls der Partei-Basisorganisationen gesagt haben, daß bei einer weiteren Aushöhlung der Parteibasis selbst der KP-Generalsekretär schon bald zum "Pseudo-Befehlshaber" (*kongtousiling*) verkommen werde.⁴ 1994 wurden die Bemühungen um eine Revitalisierung der Parteiorganisation verstärkt. Die Organisations- und Propaganda-Abteilungen haben in den letzten zehn Monaten mehrere Großkonferenzen veranstaltet und zahlreiche Dokumente verbreitet, die der Neuausrichtung der Parteiorgane aller Ebenen dienen soll.

Nun verabschiedete das Zentralkomitee der Partei auf seiner Plenartagung einen passagenweise kämpferischen "Beschluß zu einigen wichtigen Fragen der Stärkung des Parteaufbaus". Das Grundsatzdokument, das den Charakter einer verbindlichen Weisung an die Parteiorgane aller Ebenen besitzt, wurde zunächst in einem knappen Kommuniqué, am 6. Oktober aber in vollem Wortlaut veröffentlicht.⁵ Die Resolution ist in vier Abschnitte gegliedert, die vielfältige Hinweise auf Mißstände in der Parteiorganisation enthalten:

- Die neuen Anforderungen und Aufgaben, denen sich die Partei als Folge des Reformprogramms und internationaler Veränderungen gegenüber sieht.
- Das System des innerparteilichen "Demokratischen Zentralismus".
- Die Erneuerung der KP-Basisorganisationen.
- Die Heranbildung von moralisch und fachlich qualifizierten Führungskadern.

In dem Dokument wird einleitend hervorgehoben, daß der Wettbewerb zwischen den Nationen sich beständig verschärfe. Wirtschaftliche sowie wissenschaftlich-technologische Stärke seien heute ausschlaggebend für den internationalen Status eines Landes. Der Übergang zu einem System der "sozialistischen Marktwirtschaft" werde die nationale Stärke Chinas vergrößern und die

Lebensbedingungen des chinesischen Volkes verbessern, so daß China "siegreich" in das nächste Jahrhundert hineingehen könne. Die Kommunistische Partei sei die treibende Kraft im Zentrum dieser Entwicklungen und müsse angesichts der historischen Aufgaben ihre Leistungen in der politischen Führung stetig verbessern.

Das Zentralkomitee kommt zu der Einschätzung, daß sich die Partei seit der Einleitung der Reformpolitik im Dezember 1978 insgesamt positiv entwickelt habe. Dennoch gebe es in einigen Regionen und Abteilungen schwerwiegende Probleme mit dem "Arbeitsstil" von Parteiorganen, die sich zum Teil nicht mehr angemessen um das "organisatorische Leben", die Disziplin und die ideologische Schulung bemühten. Fehlentwicklungen wie Korruption und anderen "negativen Faktoren" müsse entschieden entgegengetreten werden.

Die folgende Darstellung hält sich nicht an die grobe Gliederung, die in dem offiziellen Dokument enthalten ist, sondern bezieht auch die Aspekte ein, die in der ZK-Resolution nur beiläufig angesprochen werden.

"Demokratischer Zentralismus" und regionale Verselbstständigungstendenzen

Grundlage der gesamten Parteitätigkeit ist laut Parteistatut der KPCh das leninistische Organisationsprinzip des "Demokratischen Zentralismus", der sich konkretisiert in den sogenannten "Vier Unterordnungen": Unterordnung des einzelnen Parteimitglieds unter die Partei, der Minderheit unter die Mehrheit, der Parteiorgane der unteren Ebenen unter die der höheren Ebenen und sämtlicher Parteiorgane und Parteimitglieder unter die Parteizentrale.

Die *Volkszeitung* hatte bereits am 23. September die Bedeutung des "Demokratischen Zentralismus" - mit Betonung auf der Komponente des "Zentralismus" - herausgestellt, indem sie Deng Xiaoping zitierte. Deng habe

gesagt, daß ohne die Autorität der zentralen Parteiführung und des Staatsrats die Entwicklung außer Kontrolle geraten könne. Der "Demokratische Zentralismus" stehe allerdings keineswegs im Gegensatz zur Marktwirtschaft, sondern sei eine Voraussetzung für deren Funktionieren. Nur wenn die politische Zentrale eine Makro-Regulierung über die Wirtschaft ausübe, könne der Markt seine positiven Kräfte entfalten. Im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit sei der Markt "blind", und dies genau sei die Ursache, warum die Regierungen in den Vereinigten Staaten, in Deutschland und in Japan nicht auf eine Makro-Regulierung verzichten könnten. Das Festhalten am Prinzip des "Demokratischen Zentralismus" bedeute also nicht die Rückkehr auf den alten Pfad der Planwirtschaft.

Die ZK-Resolution betont, daß für die Weiterentwicklung der Parteiarbeit sowohl die demokratische Mitwirkung der Parteimitglieder als auch das einheitliche Handeln unabdingbar seien. "Extreme Demokratie" oder auch "individuelle Willkürakte" müßten gleichermaßen verhindert werden. Innerhalb der Partei gebe es in gewissen Regionen und Abteilungen Probleme mit der Umsetzung von Weisungen der Parteizentrale. Diese Mißstände müßten abgestellt werden. Die Einheit Chinas, die Solidarität aller ethnischen Gruppen und die soziale Stabilität könnten nur unter der Autorität der Parteizentrale und einer geeinten Partei gewahrt werden. Das wichtigste Organisationsprinzip sei deshalb, daß die gesamte Partei dem Zentralkomitee untergeordnet sei.

Mit diesen Ermahnungen soll die Verfolgung von Sonderinteressen durch regionale Parteikomitees und Verwaltungen eingedämmt werden. Die Befehlshierarchie des "Demokratischen Zentralismus" ist nämlich in den letzten Jahren zu einem Verhandlungssystem mutiert, das den regionalen und lokalen Führungen etwa in der Kader- und Wirtschaftspolitik eine zum Teil beachtliche Mitsprache oder gar Autonomie einräumt. Zwar sind keine Ansätze zur Abspaltung regionaler Parteiapparate zu erkennen. Und im Falle einer Bedrohung des Machtmonopols der Partei ist es wahrscheinlich, daß die Befehlsstränge - gestützt auch durch die zentralisierten Kommandostrukturen des Militärs - funktionieren. Aber die Autorität der Parteizentrale ist durch regionale Sonderentwicklungen und die Entstehung selbstbewußter Provinzfürhungen beträchtlich gemindert worden.⁶

Der Gewinn von Gestaltungsspielräumen auf den unteren Ebenen des politischen Systems hat den Verfall des organisatorischen Zusammenhalts der Kommunistischen Partei und die Aushöhlung einer ideologiegestützten Herrschaftsausübung beschleunigt. Lokale Führer können ihre Berechtigung, verbindliche politische Entscheidungen zu fällen, schon jetzt nur noch dadurch legitimieren, daß sie wirtschaftliches Wachstum und breite Einkommenszuwächse fördern. Wenn sie die Macht behalten wollen, werden sie das nicht mehr mit Hilfe des von der Parteizentrale propagierten Marxismus-Leninismus rechtfertigen können. Der Rückgriff des Zentralkomitees auf Konzepte aus den Hochzeiten des Leninismus muß vielen regionalen Führungen vor diesem Hintergrund als weltfern und bedeutungslos erscheinen.

Korruption: Der Wurm im roten Apfel

Der Kampf gegen die Korruption innerhalb der Partei wird in der Resolution des Zentralkomitees an mehreren Stellen erwähnt. Die innerparteiliche Disziplinarkontrolle müsse ausgebaut und verstärkt werden. Bevölkerung, Medien sowie nicht-kommunistische Parteien und Persönlichkeiten sollten an den Aufsichtsaufgaben stärker beteiligt werden. Diese ritualisierten Formeln sind seit 1993 immer wieder zu hören gewesen.

Tatsächlich wird der Kampf gegen die Korruption inzwischen auch mit neuen Mitteln geführt, sogar mit Hilfe von Fernseh-Spots. Ende September war beispielsweise im Abendprogramm ein Spot zu sehen, der einen roten Apfel auf einer Waagschale präsentiert. Plötzlich wird die Apfelhaut von innen durchstoßen, und ein grünlich-brauner Wurm klettert gemächlich hervor. Der zuvor makellose Apfel ist entstellt. Die Waagschale sinkt hinunter. Dieser Spot, der mit einem Aufruf zur Opposition gegen korrupte Praktiken endet, suggeriert, daß in der Kommunistischen Partei "der Wurm drin ist".

Die Praxis der Korruptionsbekämpfung ist allerdings wenig verheißungsvoll. Die Disziplinierungsmaßnahmen werden offiziellen Verlautbarungen zufolge von vielen Parteimitgliedern, die sich gegenseitig decken, sabotiert. Spitzenkader sind bisher nur in besonders gravierenden Fällen, die sich nicht mehr bagatellisieren ließen, verurteilt worden. Allerdings wurden gegen Zehntausende von weniger hochrangigen Parteikadern in den letzten Jahren Disziplinar- oder auch Haftstrafen verhängt.

Mitte Juni dieses Jahres entschied die Beijinger Führung, Untersuchungsgruppen zur Bekämpfung der Korruption in 24 Provinzen und Autonome Regionen zu entsenden, um die Disziplin in den regionalen Parteiorganisationen zu stärken. Für Hinweise aus der Bevölkerung, die zur Aufdeckung größerer Korruptionsfälle beitragen, wurden Belohnungen von bis zu 30.000 Yuan ausgesetzt. Aus der ostchinesischen Provinz Shandong wurde gemeldet, daß man dort besonders entschlossen gegen den Mißbrauch politischer Macht in lukrativen wirtschaftlichen Betätigungen vorgehe.⁷

Eine wirkliche Eindämmung der Korruption wird angesichts der schlechten Erfahrungen mit Appellen und Disziplinierungskampagnen nur gelingen, wenn unabhängige Kontrollinstanzen gegenüber dem Machtmißbrauch geschaffen werden. Da solche Reformen aber das Machtmonopol der Kommunistischen Partei einschränken würden, sind die Widerstände gegenüber institutionellen Neuerungen bisher unüberwindbar.

Der Verfall der Basisorganisationen

Mit Hilfe ihrer Basisorganisationen (*jiceng zuzhi*) in Dörfern, Unternehmen, Schulen und anderen Institutionen hat die KPCh jahrzehntelang ihre Omnipräsenz in der chinesischen Gesellschaft und Wirtschaft sichergestellt. Gerade der Zustand dieser untersten Ebenen der Parteiorganisation - es soll heute rund 3,3 Mio. Parteizellen, Parteihauptzellen und Basiskomitees geben - wird vom ZK aber als besonders unbefriedigend eingeschätzt.

Berichten der offiziellen Medien und Gesprächen mit Parteimitgliedern zufolge sind die KP-Basisorganisationen vor allem in ärmeren ländlichen Regionen und in nicht-staatlichen Unternehmen "gelähmt" (*tanhuan*) und nur noch bedingt funktionsfähig. Parteikomitees und Parteizellen in Gemeinden und Dörfern existieren zum Teil nur noch auf dem Papier. Interne Schätzungen der Beijinger Parteizentrale gehen dahin, daß in vielen ländlichen Regionen rund zwei Drittel der Basisorganisationen nicht mehr politisch aktiv sind.

So ist in den ärmeren Regionen des Inlands die Autorität der Partei stark geschwächt. Dort können die auf sich selbst gestellten Bauern von den Parteikadern angesichts fehlender öffentlicher Mittel kaum wirtschaftliche Hilfe erwarten. Kader werden in manchen Gebieten sogar als "Parasiten" verachtet, die auf Kosten der Bevölkerung leben und zusätzlich auch noch Druck in Fragen der Geburtenkontrolle ausüben. Unter diesen ungünstigen Arbeitsbedingungen sind viele dörfliche Parteiorgane und Parteimitglieder zu "Karteileichen" geworden.

In den wohlhabenderen Gebieten ist es um die Funktionsfähigkeit und Autorität der Parteiorgane zum Teil besser bestellt: An der Ost- und Südostküste ist die Gunst der Kader wichtig, um an Gewerbebegenehmigungen, Grundstücke, Kredite etc. heranzukommen. Insgesamt scheint die Parteidisziplin aber auch hier zu bröckeln: Versammlungen und politische Studien werden nicht oder nur noch unregelmäßig abgehalten, Parteidokumente und -zeitungen nicht gelesen.

Noch alarmierender scheinen die Zustände in einigen südchinesischen Provinzen zu sein: Dort wurden viele ländliche Parteiorgane durch Familienclans, kultisch-religiöse Geheimgesellschaften oder sogar durch die organisierte Kriminalität unterwandert. Die dörfliche Basis der Kommunistischen Partei ist durch solche neuen Entwicklungen in einigen Regionen ausgehöhlt worden, obwohl die Parteiführung 1989 eine "sozialistische Erziehungsbewegung" in ländlichen Regionen ausgerufen und zahlreiche Arbeitsgruppen zur Abstellung der Mißstände entsandt hatte.

Die Entwicklung auf den untersten Ebenen der Parteiorganisation ist aus der Sicht Beijings auch deshalb schmerzhaft, weil diesen Organen wichtige Modernisierungsfunktionen zugeordnet sind. Das ZK nennt unter anderem: Förderung unternehmerischer Aktivitäten zur Hebung des Lebensstandards der ländlichen Bevölkerung; Kampf gegen feudalistische Gewohnheiten und den Aberglauben; Stärkung demokratischer Verfahren und des Rechtssystems.

Was will die Partei gegen die Verfallserscheinungen tun? In der ZK-Resolution wird betont, daß bei der Stärkung der ländlichen Basisorganisationen den Kreispartei-komitees, die vergleichsweise fest in die Parteihierarchie eingebunden sind, eine Schlüsselfunktion zukomme. In den Städten müßten die dortigen Stadtparteikomitees die Verantwortung für die Basisarbeit übernehmen. Der Zustand der Partei-Basisorganisationen solle von nun an zu einem wichtigen Kriterium bei der Einschätzung der Leistungen von Stadt- und Kreispartei-komitees werden. Zu den Parteizellen, die sich als gelähmt oder unfähig

erwiesen haben, würden Arbeitsgruppen entsandt, die eine Ausrichtung der Führungsgremien vor Ort vorzunehmen hätten. Die Erneuerung der Basisorganisationen solle in mehreren Phasen innerhalb von drei Jahren abgeschlossen werden.

Nach Berichten eines in Taiwan und Hongkong erscheinenden Nachrichtenmagazins ist die "Ausrichtungsbewegung" gegenüber den ländlichen Basisorganisationen in einzelnen Provinzen bereits eingeleitet worden. Insgesamt seien schon mehr als 21.000 dörfliche Parteizellen-sekretäre ausgewechselt worden.⁸ Angesichts der gewaltigen Aufgabe, mehr als drei Millionen Basisorganisationen auf ihre Funktionsfähigkeit und Loyalität hin zu überprüfen, und aufgrund der Erfolglosigkeit solcher Bemühungen in den letzten fünf Jahren erscheint es zweifelhaft, ob die Partei ihre ländlichen Strukturen revitalisieren kann.

Die Partei in nicht-staatlichen Unternehmen

In Parteidokumenten wie dem jüngsten ZK-Beschluß und in Stellungnahmen von Führungskadern der Organisationsabteilungen wird immer wieder deutlich, wie schwer es der Partei fällt, in den rasch wachsenden nicht-staatlichen Unternehmensformen Fuß zu fassen.⁹ In vielen Kollektiv- und Privatbetrieben sowie in Unternehmen mit ausländischer Beteiligung gibt es keine oder eine nur gelegentlich aktive Parteiorganisation. Auch in kleineren staatlichen Betrieben ist die Bedeutung der Parteikomitees für die Betriebsführung und die Angestellten nur noch von untergeordneter Bedeutung. Wo es Parteikomitees gibt, werden sie von vielen Mitgliedern der Belegschaft für ihr "leeres Gerede" (*konghua*) über den "geistig-moralischen Aufbau" und für ihre Propaganda-Aktivitäten verachtet. In vielen Betrieben sind die politischen Studien ganz abgeschafft worden und durch Schulungen in Betriebssicherheit und Unfallverhütung ersetzt worden.

In den Parteimedien ist in diesem Zusammenhang schon kritisiert worden, daß vielen Chinesen nicht einmal mehr die Grundzüge der offiziellen Politik nahegebracht werden könnten: Während die Partei- und Verwaltungskader in einem "Berg von Dokumenten und einem Meer von Sitzungen" (*wenshan huihai*) versänken, befinde sich die Bevölkerung in einer "Sitzungswüste" (*huihuang*) und bekäme kaum mehr die elementarsten politischen Informationen übermittelt. Kein Wunder sei es unter diesen Umständen, daß in Teilen der Bevölkerung das Verständnis für die Politik der Partei nachlasse.¹⁰

Zumindest in Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischer Beteiligung wurde der Aufbau von Parteiorganen in den letzten Monaten verstärkt betrieben. In Tianjin und Dalian, die als Trendsetter in dieser Sache präsentiert werden, sollen schon in 73 Prozent der dortigen Joint Ventures Parteizellen gegründet worden sein.¹¹ Es ist geplant, die "Parteiarbeit" in diesem Bereich noch beträchtlich zu intensivieren.

Ansonsten ist der Befund für die im Laufe der Reformperiode dynamisch gewachsenen nicht-staatlichen Unternehmensformen eindeutig: Die unmittelbare politische

Kontrolle und Präsenz der KPCh in den Betrieben ist im Rückgang begriffen, in manchen Fällen bereits verloren gegangen. Die in den fünfziger Jahren betriebene Verschmelzung von Wirtschaftseinheiten und politischer Administration ist nur noch in staatlichen Betrieben zu finden.

Von der revolutionären Kaderpartei zum Sammelbecken der Opportunisten

Neueren parteiinternen Schulungsmaterialien zufolge versteht sich die KPCh weiterhin als "Vorhut der Arbeiterklasse" und als elitäre Kaderpartei. Die "bürgerlichen" Konzepte der "Volkspartei" (*quanmindang*) und der "Massenpartei" (*qunzhongdang*), die offenbar gelegentlich Gegenstand innerparteilicher Diskussionen sind, werden entschieden abgelehnt.¹²

Die Entwicklung der Parteimitgliedschaft macht jedoch deutlich, daß die einstige revolutionäre Kaderpartei sich längst in Richtung auf eine karriereorientierte Massenpartei verändert hat: Statt der Begeisterung für den "revolutionären Kampf" sind heute die mit der Parteimitgliedschaft verbundenen sozialen Aufstiegschancen das wichtigste Motiv für einen Beitritt. Nach Angaben der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas wurden allein im letzten Jahr 1,76 Mio. neue Mitglieder in die Partei aufgenommen. Insgesamt verfügt die Partei nun über rund 54 Mio. Mitglieder. 20,653 Mio. (38,2%) der derzeitigen Mitglieder hätten die Oberstufe der Mittelschule oder gar eine höhere Ausbildung abgeschlossen. 1983 seien dies nur 7,308 Mio. (17,8%) gewesen. Knapp 70% der neu Aufgenommenen sollen jünger als 35 Jahre gewesen sein.¹³

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß bereits 1991 200.000 (0,4%) der damaligen Parteimitglieder als Privatunternehmer registriert waren.¹⁴ Die Kommunistische Partei hat also keine resolute Abgrenzung gegenüber diesen neuen "bourgeois" Kräften betrieben, sondern zumindest in einigen südchinesischen Regionen eher eine Strategie der Kooptierung verfolgt. *De facto* haben viele der rührigsten Parteikader, die offiziell nicht als Unternehmer registriert sind, schon längst den Weg in wirtschaftliche Betätigungen gefunden. (Siehe den Beitrag "Die Lebensadern der Parteiherrschaft".)

Das soziologische Profil der Partei hat sich besonders in den Führungsgremien in den letzten zehn Jahren dramatisch verändert. Aufgrund der Anforderungen an eine erfolgreiche wirtschaftliche Modernisierung ist der Anteil von Oberschul- und Hochschulabsolventen in den Parteikomitees oberhalb der Kreisebene stark gestiegen. Die bäuerlichen Revolutionäre von einst sind durch Technokraten abgelöst worden, die gekennzeichnet sind durch eine Ausbildung auf höheren Schulen, in technischen Disziplinen und durch ihre professionelle Spezialisierung. Während sich 1982 nur etwa zwölf Prozent der ZK-Mitglieder in die Kategorie der Technokraten einordnen ließen, waren es nach dem XIV. Parteitag 1992 ungefähr siebenzig Prozent. Diese Veränderung des soziologischen Profils ist sogar noch stärker ausgeprägt auf der Ebene der Minister, Provinzgouverneure und regionalen Parteisekretäre. Auch in der Armee hat sich die Bedeutung der an Militärakademien professionell ausgebildeten Offiziere in den letzten Jahren rasch erhöht.

Eindrücken verschiedener chinesischer Gesprächspartner zufolge ist nicht nur die offiziell propagierte "Professionalisierung", sondern auch die "Verjüngung" der Führungskader in den letzten Jahren vorangekommen. Die in den chinesischen Medien vorgeführten erfolgreichen "Modellkader" gehören fast ausschließlich zur Generation der Fünfunddreißig- bis Vierzigjährigen. In Kanton sollen inzwischen mehr als die Hälfte der Kader jünger als vierzig Jahre sein. Auch in der Beijinger Stadtverwaltung ist die Verjüngung des Führungspersonals in den letzten Jahren offenbar vorangetrieben worden.¹⁵

In dem auf der ZK-Plenartagung gefaßten Beschluß wird eine gezielte Förderung neuer Kader und Rekrutierung neuer Parteimitglieder angemahnt. Die Schulung von Parteimitgliedern werde in den nächsten drei Jahren auf allen Ebenen verstärkt, um die Abwehrkräfte gegenüber der Aushöhlung durch Geldgier, Egoismus und dekadenten Lebensstil zu stärken. Eine neue Generation von Führungskadern müsse herangebildet werden, die sowohl moralisch als auch fachlich qualifiziert (*decai jianbei*) sein müsse, um die gewachsenen Anforderungen an die politische Führung zu meistern. Diese Kader sollten nicht nur nach Kompetenz und Erfolg auf ihren jeweiligen Positionen streben, sondern zu Persönlichkeiten werden, die sich durch feste marxistische Überzeugungen, Realitätsinn, visionäre Kraft, Rechtschaffenheit und Fleiß auszeichneten. Junge Talente müßten gezielt gefördert werden. Alte Gewohnheitsprinzipien wie Anciennität, Patronage und Nepotismus dürften keine Rolle bei der Ernennung und Beförderung neuer Kader spielen.

Besonders die letzte Passage ist in ihrer Offenheit bemerkenswert, denn sie greift Praktiken an, die bei der innerparteilichen Personalrekrutierung gang und gäbe sind. Die Nachwuchsförderung ist ein drängendes Thema, da die Partei zusehends Probleme damit hat, fähige Leute in wenig lukrativen administrativen Positionen zu halten, Versetzungen an unbequeme Arbeitsplätze durchzusetzen oder korrupte Funktionäre mangels geeigneten Personals zu ersetzen.¹⁶ Trotz der insgesamt 54 Mio. Parteimitglieder verfügt die Kommunistische Partei nur über eine relativ dünne Personaldecke für die Millionen politischer und administrativer Führungspositionen, die von ihr zu besetzen sind.

Schwierigkeiten mit der Indoktrinierung

Nachdem die Wirtschaftspolitik im Jahre 1993 den größten Teil der politischen Energie beansprucht hatte, richtete die Pekinger Führung 1994 in einer Serie von Konferenzen zur Propaganda-Arbeit den Blick auf die ideologisch-politischen Folgen des Übergangs zur "sozialistischen Marktwirtschaft". Allerdings erscheinen die auf diesen Konferenzen ausgegebenen Richtlinien für die ideologische Neuorientierung der Partei in einer Zeit des wirtschaftlichen und sozialen Umbruchs inhaltlich meist äußerst vage und für die praktische Arbeit vor Ort kaum nützlich. Die Propaganda-Arbeit ist zur Zeit zweifellos eine der undankbarsten Aufgaben innerhalb der Parteiführung. Diesem Ressort kommt die schwierige Aufgabe zu, unter den schwankenden Bedingungen des Übergangs zur Marktwirtschaft einer teilweise überaus skeptischen Parteimitgliedschaft die jeweils aktuelle Version der offiziellen Doktrin zu vermitteln.

So konstatieren auch Mitglieder Magazine der KPCh¹⁷ eine Identitätskrise der Kommunistischen Partei: Die Partei sei im Begriff, ihre Rolle als moralisches Gewissen der chinesischen Nation zu verlieren. Teile der Parteiorganisation vernachlässigten die "geistige und ideologische Führung" und reagierten auf den gesellschaftlichen Wandel nur noch mit administrativer Routine. Viele der 54 Mio. Parteimitglieder können kaum noch begreifen, wofür die Kommunistische Partei unter den Bedingungen einer "sozialistischen Marktwirtschaft" steht. Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Ideen sind zu Anachronismen geworden; Deng Xiaopings "Theorie" des Sozialismus chinesischer Prägung ist so bruchstückhaft, daß sie auch dem loyalsten Parteimitglied kaum als Orientierungshilfe und Handlungsanleitung dienen kann.

Der von der Parteizentrale beklagte moralische Verfall und die ideologische Verunsicherung der Parteimitglieder wird sich durch die alten Mittel der Indoktrinierung nicht beheben lassen. Bis auf die kürzlich intensivierte Patriotismus-Kampagne der letzten Jahre hat die Propaganda-Arbeit selbst innerhalb der Partei nur noch geringe Wirkung: Die Parteimitglieder und -kader sind vornehmlich mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemen vor Ort beschäftigt.

Die Beijinger Führung ist bemüht, eine Disziplinierung der Parteiorganisation zu erreichen, indem sie Mitglieder regionaler Führungsgremien zu Instruktionkursen in die Parteischulen einbestellt und Arbeitsgruppen aus der Zentrale in die Provinzen entsendet. Die Arbeit an den Parteischulen ist in den letzten Jahren einer grundlegenden Reform unterzogen worden, um die praktische Anwendbarkeit und Handlungsbezogenheit des Unterrichtsstoffs zu verbessern. Immerhin sind zur Zeit rund 95.000 Parteischulen über das Land verteilt, die sich der Ausbildung der Parteimitglieder und Kader widmen sollen.¹⁸ Hu Jintao, der im Politbüro unter anderem für die Parteischulen zuständig ist, stellte Anfang dieses Jahres fest, daß sich das "Umfeld, in dem sich Parteimitglieder heute befinden", beträchtlich von dem der Vergangenheit unterscheidet. "Die alten Methoden in der Schulung von Parteimitgliedern", also die politisch-ideologische Indoktrinierung, seien nicht mehr anwendbar. Die Arbeit der Parteimitglieder müsse darauf ausgerichtet werden, handfeste "Resultate" vor allem im ökonomischen Bereich zu erzielen.¹⁹

Eine neue, tiefgreifende Herausforderung an die autoritären Strukturen der Parteiorganisation stellt die wachsende Vielfalt von politischen Standpunkten unter den Parteimitgliedern dar: In Gesprächen distanzieren sich diese überraschend häufig von Aussagen und Programmen der Parteizentrale und üben mehr oder weniger offene Kritik an Fehlleistungen der Parteiführung. Hier zeigen sich Ansätze zu einer Pluralisierung, die nur noch zum Teil eine Folge der altbekannten innerparteilichen Flügelkämpfe, sondern vielmehr ein Reflex der sich rasch entwickelnden gesellschaftlichen Vielfalt in China ist.

Anmerkungen

- 1) Neuere parteiinterne Schulungsmaterialien, die diese Probleme ansprechen und autoritative Aussagen zu Programmatik und Organisation der Partei enthalten, sind: *Xinshiqi dang de jianshe jiaocheng* (Lehrgang zum Parteaufbau in der neuen Ära), Beijing 1993. *Zhongguo gongchandang dangzhang yanjiu* (Studien zum Parteistatut der KPCh), Beijing 1993. Die umfassendste Selbstdarstellung der Kommunistischen Partei bietet das von der Zentralen Parteischule herausgegebene Werk *Zhongguo gongchandang jianshe quanshu* (Enzyklopädie des KPCh-Aufbaus, 1921-1991), 9 Bde., Taiyuan 1991.
- 2) *Xinhua Ribao*, Nanjing, 30.9.94.
- 3) *Xin Bao*, Hongkong, 26.8.94; LHB, 15.9.94; ZM, 94/9, S.16-18.
- 4) *Xin shiqi...*, a.a.O., S.236.
- 5) RMRB 29.9.94 bzw. Xinhua, 6.10.94.
- 6) Die bisher detailliertesten Analysen des vielgestaltigen Phänomens des "Regionalismus" wurden von chinesischen Autoren vorgenommen: Jia Hao und Lin Zhimin (Hg.), *Changing Central-Local Relations in China: Reform and State Capacity*, Boulder 1994; Wang Shaoguang und Hu Angang, *Zhongguo guojia nengli baogao* (Bericht über die Leistungsfähigkeit des chinesischen Staates), Hongkong 1994.
- 7) XNA, 17./18.6.94 bzw. Shandong Volksradio, 23.6.94, nach SWB, 27.6.94.
- 8) *Zhongshi zhoubao* (China Times Weekly), Nr.144, 2.10.1994, S.6-8.
- 9) Vgl. JB, 94/3, S.39; RMRB, 27.1.94.
- 10) *Liaoning Ribao*, Shenyang, 2.9.94.
- 11) *Jiefang Ribao*, Shanghai, 25.9.94.
- 12) Siehe *Xin shiqi...*, a.a.O., S. 48-51.
- 13) RMRB, 25.6.94.
- 14) *Ming Bao*, Hongkong, 4.8.1992.
- 15) *Guangzhou Ribao*, 14.9.94; bzw. RMRB, 27.9.94.
- 16) *Jiguan dongtai* (Aktuelle Entwicklungen in der Arbeit der Behörden), Shanghai, 94/9; Interviews in Nanjing im September.
- 17) Vgl. etwa *Dang de Zuofeng* (Arbeitsstil der Partei), zit.n. SCMP, 27.1.94.
- 18) Xinhua, 24.9.94.
- 19) Xinhua, 21.1.94.